

„Wer Bildung wählt, wählt Nummer Sicher“

Ein Vortrag, wie er von Mitgliedern der „Aktion Bildungswerbung in Berlin“ in Betrieben gehalten wird

I

In Berlin verteilen Studenten in Betriebs-, Gewerkschafts- und Jugendversammlungen, auf Betriebsratssitzungen oder Elternabenden kostenlos Broschüren, deren Titelseite ein gewöhnliches Telefon präsentiert, neben dem geschrieben steht: „Wer Bildung wählt, wählt Nummer Sicher.“ Ein Blick in das Innere der 32seitigen reich illustrierten Broschüre macht dieses Motto unmittelbar einsichtig: Es zeigt einerseits Transparente, tragende Bergarbeiter, die gegen Zechenstilllegungen und Entlassungen demonstrieren, und es enthält andererseits Photos und Graphiken, die klarmachen, daß eine qualifizierte Ausbildung interessante und vor allem krisenfeste Arbeit sichert.

Die Studenten, die dieses Motto publik machen wollen, sind Mitarbeiter der *Aktion Bildungswerbung in Berlin*, genauer: der *Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaft (GSG)* und des Berliner Landesbezirks des *Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS)*, die gemeinsam diese Aktion tragen. Seit dem Herbst 1966 sind fast hundert Studenten als Vortragende zu Gast in Berliner Betrieben oder als Organisatoren und Berater tätig, nachdem in den Monaten davor die Werbekampagne theoretisch in Schulungsseminaren, an denen prominente Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschaftler teilnahmen, vorbereitet wurde.

Zumindest die meisten Studenten der GSG fanden die Basis und die Motivation ihrer Aktivität in einem Beschluß, den der 7. DGB-Bundeskongreß im Mai 1966 in Berlin einstimmig gefaßt hatte:

„Die Feststellung der Begabungsreserven, wie sie in verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurde, hat die Erfahrung der Gewerkschaften bestätigt, daß unter den Kindern sozial schwacher und benachteiligter Volksschichten Begabungen vorhanden sind, die trotz des Rechts

auf gleiche Bildungschancen nicht den ihnen gemäßen Bildungsweg beschritten haben. Um dieses Grundrecht und um des Bedarfs unserer Gesellschaft an möglichst vielen möglichst hochgebildeten Menschen willen fordert der DGB, daß alle Maßnahmen durchgeführt werden, die auch den Kindern aus diesen Schichten den Aufstieg durch Bildung sichern.

Dazu gehört nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch rechtzeitige Aufklärung der Eltern über die Begabung ihres Kindes und seine Aufstiegsmöglichkeiten sowie eine seriöse Werbung für den Besuch weiterführender Schulen. Dazu gehört ferner, daß weiterführende Schulen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.“

Sowohl die theoretischen Erörterungen als auch die bisherigen praktischen Erfahrungen haben deutlich gemacht, wie diffizil es ist, eine wirklich seriöse Bildungswerbung durchzuführen. Zwar wurden sich die Organisatoren und Berater sehr schnell über die Ziele einig: Es mußte für zweierlei geworben werden, für den stärkeren Besuch weiterführender Schulen (traditionelle Bildungswerbung) und für eine Schulreform. Diese Schulreform hat eine verantwortliche Bildungswerbungskampagne unbedingt miteinzubeziehen, weil zu erwarten ist, daß viele der Schüler, die künftig zusätzlich auf die nicht-reformierten höheren Schulen übergehen, zwei oder drei Jahre später die Schulen frustriert wieder verlassen werden. Einig war man sich ferner über die Zielpersonen: man mußte sich an die Arbeiterschaft wenden, die vom heutigen Bildungssystem am meisten benachteiligte soziale Gruppe; und man mußte die Arbeiter direkt am Arbeitsplatz erreichen, weil — nach den Erfahrungen anderer Bildungswerber — die Arbeiter zu öffentlichen Veranstaltungen kaum erscheinen. Das machte eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten unabdingbar. Außerdem war es allen Mitarbeitern klar, daß die Vorträge verständlich formuliert und kurzgefaßt sein mußten.

Gerade aber der letzte Punkt warf nur schwer zu lösende Probleme auf: Wie hatte eigentlich ein effektvoller Vortrag zur Bildungswerbung konkret und detailliert auszu-sehen? In theoretischer Antizipation war diese Frage nicht zu lösen; lediglich allgemeine Handlungsanweisungen — wie: kurze Sätze, keine Fremdwörter, viele Beispiele, usw. — konnten erarbeitet werden. Also mußte der Weg des „Versuchs und Irrtums“ gegangen werden, indem gewissermaßen in Probeveranstaltungen Probevorträge gehalten wurden. Daß dabei die Irrtümer nicht überhand nahmen, bewirkten einige Fachleute aus der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung, deren Rat und Mitarbeit die „Aktion Bildungswerbung“ viel zu verdanken hat. Und daß mit jedem Versuch einige alte Irrtümer überwunden wurden, erbrachten kritische Diskussionen unter den Organisatoren und Beratern der „Aktion Bildungswerbung“, die sich die ersten Vorträge oft gemeinsam anhörten.

Von vornherein war es außerordentlich günstig für das Gelingen der Werbevorträge, daß Studenten der GSG, die alle Mitglied einer Gewerkschaft und zumeist auch Studenten des zweiten Bildungsweges sind, den Großteil der praktischen Arbeiten leisteten und auch heute noch leisten. Dadurch verfügt die „Aktion Bildungswerbung“ von vornherein über einen — für Studenten — ungewöhnlich großen Schatz an betrieblichen Erfahrungen. Vor allem waren damit gute Kontakte zu den Betriebsräten — die *Günter Sänne*, der GSG-Landesvorsitzende, als Geschäftsführer der Aktion in Ganztagsarbeit organisierte — gesichert und somit überhaupt erst die Voraussetzung für Vorträge in Betrieben geschaffen.

Aus dieser relativ günstigen Konstellation resultieren bisher drei Standard-Vortragstexte, die hektographiert und an die einzelnen Bildungswerber verteilt wurden. Diese Texte bilden den Rahmen für sämtliche Vorträge; sie sind inzwischen häufig gehalten und individuell modifiziert worden. Weil ein solcher Vortragstext vielleicht den besten Eindruck über die Berliner Aktion vermitteln kann, und weil er zu gegenseitiger Anregung ¹⁾ stimulieren möge, wird er im folgenden unverändert wiedergegeben:

1) Die „Aktion Bildungswerbung in Berlin“ freut sich über jede Kritik und Anregung, die ihre Arbeit verbessern könnte. Sie ist zu erreichen unter der Adresse: 1 Berlin 30, Keithstr. 1—3, Tel.: 24 91 11, App. 71.

II

Einleitung

„Wer Bildung wählt, wählt Nummer Sicher“, heißt die Überschrift dieses Vortrages. Kein Ereignis der letzten Zeit beweist die Richtigkeit dieses Mottos so eindringlich, wie die Krise der Kohlen- und Stahlindustrie an der Ruhr und neuerdings auch der Metallindustrie in Berlin. (Erst diese Woche stand in der Zeitung, daß ... — aktuelles Beispiel —.) Hier wurde jedem Arbeiter klar vor Augen geführt, was eine gute Lehre oder gar ein mittlerer Schulabschluß wert sind — nämlich bares Geld und soziale Sicherheit. Wer keine abgeschlossene Schulbildung oder Lehre hatte, wurde zuerst entlassen und hat die größten Schwierigkeiten, überhaupt wieder neue Arbeit zu finden. Wer jedoch eine gute und breite Ausbildung hat, die man eben am besten durch längeren Schul- und Fachschulbesuch erhält, wurde nicht entlassen. Selbst wenn es doch zum Schlimmsten kam, verhalf die gute Ausbildung in der Regel aber zur raschen Neueinstellung — manchmal war sie sogar mit einer Gehaltsaufbesserung verbunden.

Ob man eine gute Ausbildung erhält oder nicht, entscheidet sich vor allem im Schulsystem. Dieses Schulsystem gibt gemäß dem Grundgesetz jedem die gleiche Chance, Schulerfolg zu erreichen. Weit über die Hälfte der Bevölkerung glaubt auch, daß dieses „Recht auf gleiche Bildungschancen“ auch tatsächlich verwirklicht ist. Das haben sozialwissenschaftliche Studien ergeben. Aber stimmt das auch? Nein, es stimmt nicht.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus

Immer noch beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten nur rund 5- vH, fast genau wie vor 50 oder vor 60 Jahren. Da hat sich bis heute nicht viel geändert. Dabei umfaßt die Arbeiterschicht 50 vH der Gesamtbevölkerung. Jeder zweite Deutsche ist Arbeiter, aber nur jeder zehnte Student ist Arbeiterkind. Ganz anders sieht es bei den anderen Bevölkerungsschichten aus, besonders bei den gehobenen. Besonders kraß ist das Verhältnis bei den Beamten. Die Beamten machen nur 4 vH der Gesamtbevölkerung aus. Jeder 25. Deutsche ist Beamter. Aber die Beamten stellen fast 40 vH der Studenten, fast jeder zweite Student kommt aus einer Beamtenfamilie. Dieses Mißverhältnis besteht auch in Berlin. In einer Stadt, die ansonsten das modernste deutsche Schulsystem hat. Auch in Berlin beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten kaum über 6 vH. Das Mißverhältnis wird auch deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß in den sogenannten Arbeiterbezirken Kreuzberg, Wedding oder Neukölln nur 7 bis 8 vH der Bevölkerung das Abitur macht. In Zehlendorf aber, in einem sogenannten feinen Bezirk, machen 30 vH der Bevölkerung das Abitur. Diese Vergleiche zeigen, daß auch heute noch die Arbeiterkinder vom Schulsystem in der Bundesrepublik benachteiligt werden, obwohl es im Gesetz ausdrücklich anders steht.

Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt das noch viel deutlicher. In Schweden beispielsweise beträgt der Anteil der Arbeiterkinder unter den Abiturienten 20 vH, in England 25 vH, in Amerika sogar über 30 vH. Ähnlich hoch liegen auch die Zahlen im anderen Teil Deutschlands oder in der Sowjetunion. Selbst in Oxford, in einer Eliteuniversität, von der es heißt, daß dort nur die Söhne von Lords oder von Großunternehmern studieren können, selbst in dieser Universität ist der Anteil der Arbeiterkinder dreimal so groß wie an den normalen deutschen Universitäten.

Woran liegt es nun, daß einerseits in den Gesetzen steht, daß die Bildungschancen für jedermann gegeben seien, daß aber andererseits tatsächlich die Kinder aus Arbeiterfamilien immer noch benachteiligt werden? Liegt es etwa daran, daß Arbeiterkinder dümmer sind? Man kann es hin und wieder lesen, in Zeitungen oder in Büchern. Aber diese Behauptung entspricht ganz sicher nicht den Tatsachen. Das kann man ganz einfach beweisen. — Sozialwissenschaftliche Studien, die in den letzten Jahren in Deutschland durchgeführt wurden, haben nämlich klipp und klar erwiesen, daß es heute noch Zehntausende oder Hunderttausende von Begabten gibt, die ungeachtet ihrer hohen Intelligenz keine weiterführende Bildung erhalten. Es gibt Hunderttausende von begabten Kindern, die heute nur zur Volksschule gehen, obwohl sie das Zeug dazu hätten, beispielsweise die Mittlere Reife oder das Abitur zu machen. Der

Anteil der Abiturienten könnte mindestens verdreifacht oder vervierfacht werden, wie es im Ausland schon geschehen ist. Das Interessante daran ist nun, daß diese sogenannten Begabungsreserven hauptsächlich, ja nahezu ausschließlich aus den Familien der Arbeiter und Landarbeiter stammen. Damit stehen wir also vor der Frage, woher es kommt, daß es viele, ja sehr viele begabte Arbeiterkinder gibt, die nicht den Abschluß einer weiterführenden Schule erreichen.

Woran liegt das nun?

Das liegt ganz sicher nicht nur an einer einzigen Ursache. Viele Punkte, die da mitspielen, wären zu nennen. Das liegt an dem wenigen Geld, das viele Arbeiterfamilien heute noch haben. Das liegt an den Vorurteilen von Lehrern Arbeitern gegenüber. Das liegt aber auch an Vorurteilen von Arbeitern den Lehrern gegenüber. Das liegt am veralteten Schulsystem, ja, das liegt an der gesamten Gesellschaftsstruktur. Wir wollen hier nicht alle möglichen Ursachen erörtern, wir müssen uns auf die wichtigsten beschränken. Welches aber sind die wichtigsten?

Oft hört man, es läge allein an der finanziellen Situation der Arbeitereltern, die es ihnen nicht erlaubt, ihre Kinder zu weiterführenden Schulen zu schicken. Diese Behauptung ist aber offensichtlich nicht ganz richtig. Vor wenigen Monaten ist die Sozialenquete der Bundesregierung erschienen. Daraus geht eindeutig hervor, daß es heute den meisten Arbeiterfamilien rein finanziell genauso geht wie den meisten Angestelltenfamilien. Ja, manchen Arbeitern geht es finanziell sogar noch besser als den Angestellten, obwohl es natürlich auch eine kleine Schicht höherer und leitender Angestellter gibt, die weitaus mehr verdient als Arbeiter. Auf der anderen Seite ist die soziale Sicherung der Arbeiter — zum Beispiel im Krankheitsfall — leider immer noch nicht so gut geregelt wie bei den Angestellten oder Beamten. Trotzdem geht aus diesen Zahlenverhältnissen hervor, daß der finanzielle Faktor nicht der einzige oder der hauptscheinende Faktor für den Schulerfolg sein kann.

Der entscheidende Faktor liegt woanders. Es ist nämlich erwiesen, daß die Arbeitereltern ihre Kinder ganz anders erziehen als die Eltern aus der Mittelschicht. Das äußert sich unter anderem darin, daß ein normaler Angestellter eher sein Geld für die Ausbildung der Kinder ausgibt, ein normaler Arbeiter — zum Beispiel ein Maurer, der viel Geld verdient — manchmal eher geneigt ist, das Geld für ein Mittelklasseauto auszugeben. Das soll aber kein Vorwurf gegen diese Arbeitereltern sein. Denn die meisten von ihnen handeln ja nicht so aus lauter Leichtsinn: Die Verhaltensweisen der Arbeitereltern hängen direkt zusammen mit den beruflichen Erfahrungen der Arbeiter am Arbeitsplatz. Sie sind nun einmal den größten Teil des Tages am Arbeitsplatz, und der Betrieb und die Arbeit prägen die typischen Verhaltensweisen. Nun erzieht aber jeder Mensch seine Kinder nach dem eigenen Vorbild, d. h. die Arbeiterkinder werden genau nach dem Vorbild der Arbeitereltern aufgezogen. So ist es auch ganz erklärlich, daß die Arbeiterkinder genau die gleichen Eigenschaften in der Erziehung vermittelt bekommen, die ihre Eltern schon haben, deren Erfahrungen von den Erfahrungen am Arbeitsplatz geprägt werden. Dabei sind drei Punkte ganz besonders wichtig:

Erstens: Der normale Arbeiter sieht an seinem Arbeitsplatz kaum, einen Kollegen sozial aufsteigen. Sozial aufsteigen heißt z. B., daß ein angelernter Arbeiter es bis zum Meister oder zum Prokuristen bringt, oder aber ein Facharbeiter Abteilungsleiter wird. Wie oft das passiert, das wissen Sie alle besser als ich: außerordentlich selten. Es gibt darüber auch klare Zahlen. Man hat durch Untersuchungen herausgefunden, daß im Laufe eines Lebens von zehn Arbeitern durchschnittlich nur einer sozial aufsteigt. Und hier ist der Aufstieg oft auch nicht allzu hoch, man wird vielleicht Meister, sehr selten aber Prokurist.

Zweitens: Auch sind die Arbeitereltern von der Arbeitsplatzsituation her nicht daran gewöhnt, für die schulische Zukunft zu planen. Denn normalerweise sind sie am Arbeitsplatz lediglich Befehlsempfänger; sie geben selbst kaum Befehle weiter. Schon gar nicht sind sie gewöhnt, Befehle oder Anordnungen oder Entscheidungen für eine lange Zukunft zu treffen, für zwei, drei oder vier Wochen. Entscheidungen treffen normalerweise allein die Betriebsleitungen, da es eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeiter im gewöhnlichen Betrieb nicht gibt. Und selbst was die Lohnzahlung betrifft, wird der Arbeiter als nicht so mündig angesehen wie, der Angestellte: er bekommt seinen Lohn in viel kürzeren Abständen als der Angestellte sein Gehalt.

Drittens: Schließlich haben die Arbeiter auch wenig Erfahrung darin, einen komplizierten Schriftwechsel zu führen, bei dem sie sich üben könnten, die komplizierte Drucksprache, die die Schule verlangt, zu benutzen.

Diese drei grundlegenden Erfahrungen der Arbeiter im Betrieb übertragen sich durch den Erziehungsprozeß auf die Kinder. So lernen die Kinder erstens nicht Aufstiegsbewußtsein zu entwickeln in der Schule oder schulischen Ehrgeiz. Sie bekommen vom Elternhaus her nicht den ständigen Antrieb, sich einzusetzen für den Aufstieg, da man dort glaubt, der Aufstieg würde doch nicht gelingen. — Zweitens sind die Kinder nicht daran gewöhnt, für einen langen Zeitraum zu planen. Das äußert sich schon beim Schularbeitenmachen. Arbeiterkinder sind eher geneigt, gleich mit Spielen, Fußball oder sonstwas zu beginnen und nicht erst die Schularbeiten zu machen. Das äußert sich aber erst recht, wenn es darum geht, die Entscheidung zu treffen, ob man schon mit 15 Jahren von der Schule gehen will oder bis zum 19. Jahr dort bleibt. — Und schließlich sind die Arbeiterkinder auch nicht daran gewöhnt, die formale komplizierte Schriftsprache der Schule zu sprechen.

Nun ist aber nicht zu bestreiten, daß die Schule voraussetzt, daß man diese drei Eigenschaften beherrscht: Aufstiegsbewußtsein und Ehrgeiz, Planung auf längere Zeiträume und das Beherrschen einer komplizierten Sprache. Die Kinder aus der Mittelschicht haben das gelernt. Die Kinder aus der Arbeiterschicht aber nicht. So ist also die Situation.

Was können Sie tun?

Was können Sie nun dagegen tun? Unserer Ansicht nach wäre zweierlei anzustreben:

1. Schicken Sie Ihre Kinder auf weiterführende Schulen.
2. Achten Sie darauf, daß Ihre Kinder dort auch bleiben, das heißt: fordern Sie eine Schulreform, die dafür sorgt, daß Ihre Kinder auch wirklich zu einem Schulerfolg kommen.

Die erste Forderung brauchte man der Mittelschicht gegenüber nicht zu stellen, denn die tut es schon. Viele Eltern aus dieser Schicht beschließen nämlich schon lange bevor ihr Kind überhaupt zur Grundschule kommt, daß es später mal die Mittlere Reife oder das Abitur machen soll. Sie warten nicht mehr ab, ob sich das Kind in der Schule bewährt, ob es sich intelligent zeigt oder nicht. Diese Eltern fragen auch normalerweise nicht den Lehrer um Rat und achten auch nicht auf das Lehrerurteil. Selbst wenn die Lehrer sagen, die Kinder seien ungeeignet, selbst dann schicken häufig diese Eltern ihre Kinder zur höheren Schule und sie haben auch oft Erfolg damit; oft macht ihr Kind das Abitur, auch wenn der Lehrer es vorher anders eingeschätzt hat.

Ganz anders ist das bei den Arbeitereltern. Sie schicken ihre Kinder häufig nicht zu weiterführenden Schulen, selbst wenn es ihnen der Lehrer empfiehlt. Warum eigentlich nicht? Es fehlt an Mut. Diesen Mut muß man aber heute haben, wo der Schulerfolg normalerweise über den Berufs- und Lebenserfolg entscheidet. Man muß auch den Mut haben, das Kind auf eine weiterführende Schule zu schicken, selbst wenn der Grundschullehrer es nicht empfiehlt. Denn der Grundschullehrer kann sich irren. Untersuchungen, die in den letzten Jahren in Deutschland durchgeführt wurden, haben erwiesen, daß nur 20 bis 60 vH aller Kinder, die vom Lehrer empfohlen wurden, einen höheren Schulabschluß erreichten. Aber von denen, die nicht vom Lehrer empfohlen wurden, hätten rund 30 oder 40 vH durchaus die Mittlere Reife oder das Abitur erhalten können. Daraus folgt, daß die Ausleseprüfung, die heute darüber entscheidet, welcher Zweig der Schule nach dem 10. oder 12. Lebensjahr besucht wird, außerordentlich unobjektiv ist.

Man kann daraus schließen, daß man sich letztlich nicht auf das Urteil der Lehrer verlassen kann, sondern daß man unabhängig davon die Kinder, wenn es nur irgend geht, trotzdem zur weiterführenden Schule schickt. Das ist eine alte Taktik; die Eltern aus der Mittelschicht befolgen sie seit Jahrzehnten, und sie haben seit Jahrzehnten Glück damit. Die Arbeitereltern tun das aber nicht; das ist ein Fehler. Hier sollte man durchaus von der Taktik der Mittelschicht lernen. Deswegen also fordern wir alle auf, ihre Kinder zu weiterführenden Schulen zu schicken.

Aber selbst wenn die Kinder auf den weiterführenden Schulen sind, gibt es große Schwierigkeiten, vor allem wenn die zweite Fremdsprache oder die höhere Mathematik einsetzen. Dann passiert es oft, daß die Lehrer, die ja selbst aus der Mittelschicht stammen, die Arbeiterkinder nicht so gut verstehen; daß die Arbeiterkinder den Mut am Lernen verlieren. Die Folge ist dann manchmal, daß die Kinder sitzenbleiben.

Was passiert dann normalerweise? Die Arbeitereltern empfinden das Sitzenbleiben oft als Blamage: das ist einem peinlich. So nehmen sie oft vorschnell ihre Kinder von der Schule herunter. Ganz anders verhalten sich die Eltern aus der Mittelschicht. Die machen sich nichts aus solchen „Blamagen“, denen ist das nicht peinlich. Sie lassen die Kinder dann eben das Jahr wiederholen oder geben den Kindern Nachhilfe. Diese Kinder kommen dann manchmal auch zum Abitur. Auch hier verfolgen die Eltern aus der Mittelschicht eine ganz andere Taktik, und diese Taktik ist erfolgreich. Man sollte von dieser Taktik lernen.

Trotzdem reicht es nicht, die Kinder in Zukunft auf weiterführende Schulen zu schicken; auf Schulen, die den Arbeitern in Deutschland nicht gerade freundlich gegenüberstehen. Deswegen besteht ja auch unsere zweite Forderung, nämlich: Achten Sie darauf, daß Ihre Kinder auf den weiterführenden Schulen bleiben! Diese Forderung ist aber nur einzulösen, wenn in Deutschland eine Schulreform einsetzt.

Eine Schulreform ist bitter nötig

Bis heute ist die Bundesrepublik das einzige Land, in dem in diesem Jahrhundert noch keine durchgreifende Schulreform durchgeführt worden ist. In anderen industrialisierten Ländern ist das längst geschehen. Diese Reform muß auch in Deutschland kommen. Sie muß dafür sorgen, daß die Schulen so eingerichtet werden, daß Sitzenbleiben nicht mehr geschieht, daß Nachhilfeunterricht überflüssig wird. In den ausländischen Schulen nimmt man darauf Rücksicht, daß nicht alle Eltern in der Lage sind, ihren Kindern selbst Nachhilfe zu geben. Dort gibt es eben nachmittags Betreuungsstunden oder gar Ganztagschulen. Folglich sollte man auch in Deutschland dafür sorgen, daß eine Schulreform einsetzt, die sich auf die Bedürfnisse der Arbeiterkinder einstellt, genau wie sich die Schule über Hunderte von Jahren auf die Bedürfnisse der mittleren und Oberschicht eingerichtet hat.

Zu dieser Schulreform würde gehören, daß man Kindergärten einrichtet, in denen die Kinder von früh auf vertraut werden mit den schulischen Anforderungen, wie Aufstiegsbewußtsein, komplizierte formale Sprache usw. Ferner sollten Förderkurse eingerichtet werden, in denen Kinder, die aus einem benachteiligten Elternhaus kommen, besonders gefördert werden, um Anschluß zu gewinnen an die Schulanforderungen. Es sollten Nachmittagshilfen zur Hausaufgabenbetreuung eingerichtet werden, es sollten Ganztagschulen eingerichtet werden, und vor allen Dingen sollte ein 10. Schuljahr für alle Kinder zur Pflicht gemacht werden und — wie überall im modernen Ausland — die Schulen vereinheitlicht werden. Es sollte die Trennung zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien fallen. Alle Kinder sollten in die gleiche Schule unter dem gleichen Dach gehen. Diese Schulen nennt man Gesamtschulen.

Was kann man aber tun, um eine Schulreform in Gang zu bringen? Sie haben die Chance, Ihre Betriebsräte oder Ihre Arbeiterorganisationen oder aber auch die Parteien, die einzelnen Abgeordneten der Parteien, immer wieder zu fragen, was sie denn dazu täten, das Recht auf Bildung für jedermann zu verwirklichen. Was sie denn dafür täten, daß die Schulreform in Deutschland endlich in Gang kommt; daß wir Kindergärten ausbauen, daß wir Förderstufen bekommen, daß wir Ganztagschulen bekommen.

Fordern Sie von diesen Organisationen und von den Abgeordneten, daß auch für diejenigen, die im Berufsprozeß stehen, etwas geschieht. Daß beispielsweise der Bildungsurlaub eingeführt wird, daß man sich etwas überlegt, um die Berufsbildung besser in Gang zu bringen, um die Berufsausbildung zu vereinheitlichen und um jedem durch die Berufsausbildung Chancen zu geben, einer sicheren Zukunft entgegenzusehen. Nur wenn Sie selbst diese Fragen und diese Probleme ständig wieder anschneiden, nur dann haben wir Chancen, daß wir in Deutschland zu einer grundlegenden Schulreform kommen.

Helpen Sie mit, die Schulreform in Gang zu bringen!

Was nutzt eine bessere Bildung überhaupt?

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, ist zunächst einmal zu klären, was wir mit dem Begriff Bildung eigentlich meinen: Mit Bildungswerbung wollen wir nicht etwa für Belletristik oder Mehr-Goethe-Lesen werben, sondern wir meinen mit Bildungswerbung eine Werbung für ein selbständigeres, demokratischeres und kritischeres Denken und für einen besseren Ausbildungsstand im Beruf. Denn erst, wenn jeder Bürger die Prozesse in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und in der Politik kritisch durchschauen kann, erst dann können wir hoffen, vor Krisen und Diktaturen sicher zu sein. Heute leben wir in einer Zeit der Komplizierung, in der alles viel undurchsichtiger und viel schwieriger wird. Wie schwierig ist es ja schon für uns, bei Lohnverhandlungen die Argumente beurteilen zu können: ob denn nun die Produktivität wirklich weniger gestiegen ist als die Löhne, oder die Löhne wirklich weniger gestiegen sind als die Produktivität, oder ob die Lohnentwicklung denn überhaupt von der Produktivitätsentwicklung abhängig gemacht werden muß. Wenn wir diese Fragen sicher und eindeutig beantworten wollen, dann müssen wir etwas von den Dingen verstehen. Und daß wir solche Fragen sicher und eindeutig beantworten können, ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren jeder Demokratie. Allein deswegen lohnt es sich schon für eine bessere Bildung einzutreten.

Darüber hinaus sind Investitionen in das Bildungswesen, Geldausgaben für das Bildungswesen, produktivitäts- und wachstumsfördernd. Was an Geld in das Bildungswesen hineingesteckt wird, das kommt langfristig der gesamten Volkswirtschaft zugute. Gerade deshalb ist es notwendig, mehr in Schulen, in die Berufsausbildung und in Universitäten zu investieren. Im Ausland wird heute schon doppelt so viel für Schulen, Berufsausbildung und Universitäten ausgegeben wie in der Bundesrepublik. Das Ausbildungswesen ist in der Bundesrepublik zurückgefallen. Wir haben hier den Anschluß an die Entwicklung verloren. Es wird Zeit, daß künftig bei der Verteilung des Finanzbedarfs darauf geachtet wird, daß gerade für die Bildungsaufgaben mehr Geld zur Verfügung gestellt wird als bisher, damit das wirtschaftliche Wachstum und die gesellschaftliche Sicherheit gewährleistet sind.

Vor allem aber nutzt dem einzelnen bessere Bildung, weil er damit größere berufliche und soziale Sicherheit erhält. Und damit kommen wir am Schluß zum Ausgangspunkt zurück: Zur Ruhrkrise und zu Betriebszusammenlegungen und Entlassungen in Berlin. Man hat nämlich in den USA, wo es seit Jahren mehrere Millionen Arbeitslose gibt, festgestellt, daß die amerikanischen Arbeitslosen gerade jene Arbeiter sind, die die schlechteste Schulausbildung und mit die schlechteste Berufsausbildung haben. Arbeiter, die eine gute Schul- und Berufsausbildung vorweisen können, finden immer wieder neue Berufe und haben sich auch oft beruflich verbessert. Arbeiter mit einer schlechten Berufsausbildung aber müssen häufig das Elend des Arbeitslosen durchstehen.

Man hat herausgefunden, daß man um so mehr Geld verdient, je länger man zur Schule geht; daß sich also der Bildungsaufwand auch rein geldlich lohnt. Da mag es natürlich Ausnahmen geben, z. B. Bauarbeiter, die heute außerordentlich viel verdienen und trotzdem keine lange und gute Berufsausbildung haben. Das aber gilt nur für wenige Branchen, und es gilt nur zeitweise. Allgemein gilt jedoch, daß die Chance, später viel Geld zu verdienen, um so größer wird, je länger man zur Schule gegangen ist. Viel wichtiger ist aber, das soll noch einmal betont werden, daß man dann die soziale Sicherheit gewinnt und nicht bei Strukturkrisen der Wirtschaft arbeitslos wird.

Damit schließlich ist deutlich geworden, was wir mit einer längeren und besseren Bildung für alle meinen: Zehnjährigen Schulbesuch für jeden, möglichst mit abschließender Mittlerer Reife (in Amerika und Rußland machen heute schon 80 vH der Bevölkerung die Mittlere Reife); eine breite berufliche Grundausbildung; eine staatsbürgerliche Ausbildung in kritischer Urteilskraft sowie die Einübung der Fähigkeit, sowohl selbständig als auch in Gruppen arbeiten zu können. Wenn dieses aber erreicht werden soll, dann, ist es nötig — und damit komme ich zum Schluß —, daß Sie

1. Ihre Kinder länger auf bessere Schulen schicken und.
2. dafür sorgen, daß es endlich eine Schulreform in Deutschland gibt.

III

Vielleicht sind zu diesem Textbeispiel einige berechtigte Worte der Kritik vonnöten. Darauf soll aber in diesem Rahmen verzichtet werden — der Leser wird sich sowieso sein eigenes Urteil bilden. Dreierlei möge er dabei berücksichtigen:

Zunächst: Die Studenten, die oft selbst den Zweiten Bildungsweg absolviert haben, kommen mit einem beträchtlichen Vertrauensvorschuß in die Betriebe. Sie werden von den Betriebsratsvorsitzenden als Studenten angekündigt, die eine sinnvolle und lohnenswerte Aktion durchführen, bei der *Walter Sickert*, der Berliner Landesvorsitzende des DGB, Schirmherr ist und an der *Horst Haase*, der im Landesbezirk für Bildungs- und Berufsausbildungsfragen zuständig ist, als einer der wichtigsten Mitarbeiter teilnimmt.

Dann: Der Rahmentext spricht einige Punkte bewußt nicht direkt an, sondern streift sie nur. Es sind sogar die zentralen Punkte, die nicht ausdrücklich im Vortrag entwickelt werden wie: Welche konkreten Möglichkeiten gibt es denn nun für den einzelnen Arbeiter oder sein Kind (wie Stipendien, Berufsaufbauschulen, usw.), um sich weiterzubilden? Oder: Was soll er denn tun, wenn sein Kind Nachhilfe braucht und er ihm nicht helfen kann? Wie sieht eigentlich eine reformierte Schule aus, die den Bedürfnissen der Arbeiter mehr entgegenkommt als die heutige? Diese Punkte werden im Vortrag deswegen nur angedeutet, weil sie der anschließenden Diskussion vorbehalten sind, zu der der Vortrag im gewissen Sinne nur provozieren soll. Denn die Erfahrungen der Erwachsenenbildung zeigen ja, daß gerade für Arbeiter eine Diskussion oder ein Gespräch wichtiger sind als ein langer Vortrag.

Außerdem wird allen Arbeitern die eingangs erwähnte Broschüre, die auf diese und weitere Fragen Antwort gibt, mit nach Hause gegeben. Diese Broschüre wird allen Arbeitern als Nachschlagewerk empfohlen, das nicht unbedingt von vorn bis hinten zu lesen ist, das aber die wichtigsten Fragen zu jeder Zeit beantwortet und darüber hinaus die Namen, Adressen und Telefonnummern von Auskunftspersonen wie Berufs- und Studienberatern enthält. ,

Schließlich: Dieser Rahmentext ist einer von dreien. Er wird zudem von jedem einzelnen Bildungswerber im praktischen Einsatz ständig verbessert.

Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß Gewaltlosigkeit die rechte Lösung für die politischen und moralischen Probleme unserer Zeit ist — und daß die Menschheit lernen muß, Gewalt und Unterdrückung zu überwinden, ohne dabei Gewalt und Unterdrückung anzuwenden.

Gewalt und Menschlichkeit sind antithetische Begriffe. Die Neger der "Vereinigten Staaten, die dem Vorbild des indischen Volkes folgen, haben bewiesen, daß Gewaltlosigkeit keine passive Sterilität ist, sondern eine machtvolle moralische Kraft, die soziale Umwälzungen bewirkt. Alle Völker der Welt werden früher oder später einen Weg finden müssen, um friedlich zusammenleben zu können und dadurch die Sirenenklänge der Vernichtung in einen schöpferischen Psalm der Brüderlichkeit zu verwandeln. Wenn dies erreicht werden soll, dann muß für alle Konflikte eine Verhaltensnorm gefunden werden, die Rache, Aggression und Vergeltung ausschließt. Martin Luther King